



Susanne Mittag
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Susanne Mittag: Wildtiere im Zirkus sollen in vertretbarem Maße leiden dürfen

Berlin, 19.11.2020

Bezug:

Anlagen:

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 5.133

Telefon: +49 30 227-78171

Fax: +49 30 227-70173

susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Straße 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4421 -152 1212

Fax: +49 4221 -152 1222

susanne.mittag@bundestag.de

Anlässlich des heute von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner veröffentlichten Entwurfs einer Verordnung zur Haltung von Wildtieren in Zirkussen, äußert sich die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Susanne Mittag:

„Das Zurschaustellen von Giraffen, Elefanten, Nashörnern, Flusspferden sowie Primaten und Großbären an wechselnden Orten soll verboten werden. Aber auch Tiere, die zu reinen Ausstellungszwecke mitgeführt werden, wie z.B. Krokodile sollten mit auf diese Liste. Wenn nun auch kein Verbot von Großkatzen vorgesehen ist, müssten für diese zumindest ganz bestimmte Voraussetzungen, wie z.B. ein Winterlager gefordert werden.

Das Verbot für bereits gehaltene Tiere wird im Verordnungsentwurf deutlich relativiert, weil es nur für Tiere gelten soll, bei denen es nicht möglich ist, die mit der Haltung verbundenen erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden auf ein vertretbares Maß zu vermindern. Was ist denn ein vertretbares Maß für Schmerzen und Leiden? Aus Tierschutzsicht ist das generell nicht vertretbar. Nach diesem Maßstab könnten die exotischen Wildtiere, die bereits in den Zirkussen sind, zeitlich unbegrenzt weiterhin gehalten werden.

Dass die Anforderungen an die Haltung verbessert werden sollen, ist zwar zu begrüßen, aber das nutzt nicht viel, wenn die "Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen" nicht auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand sind, weil sie schon 20 Jahre alt sind. Den Tieren wird deutlich weniger Platz ermöglicht, als im Zoo, mit der Argumentation der Tierbeschäftigung in der Manege. Dass das kein angemessener Ausgleich ist, wird mittlerweile von vielen Experten angeprangert.

Da die Verordnung zwar nicht den Bundestag, dafür aber den Bundesrat passieren muss, setze ich darauf, dass an den entsprechenden Stellen noch nachgebessert wird.“